



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KVI/107 - 13. Mai 1968

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-83
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Brandt sah es richtig</u>	28
	Atombewaffnung - keine Streitfrage der deutschen Politik	
	<u>Alarmzeichen</u>	25
	Krankenhäuser müssen schliessen	
2 - 4	<u>Was ist mit § 46 des Ehegesetzes?</u>	128
	Eine Antwort an Frau Dr. Schwarzhaupt	
	Von Dr. Adolf Lenz, MdB	
5	<u>Moskau - Belgrad</u>	50
	Vertagter Außenminister-Besuch	
	Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	
6 - 7	<u>"Sackbiener" und "Halbstarke" in Sibirien</u>	79
	Aufschlussreiche Zeitungsberichte	
	Von Rudolf Hornig	

Brandt sah es richtig

"Man soll uns nicht für dumm verkaufen wollen: Bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr wird nicht zwischen Nike Ajax und Nike Hercules entschieden, sondern es wird entschieden werden zwischen den alten und den unverbrauchten Kräften der deutschen Politik!"

* * *

sp - Die von offiziellen und offiziellen Bonner Speller seit Wochen verbreiteten Spekulationen, Zweck- und Falschmeldungen, wonach Atomwaffen in die eigene Verfügungsgewalt der NATO-Mitgliedsstaaten gegeben werden sollten, haben durch die Pressekonferenz des militärischen Sonderberaters des amerikanischen Präsidenten, Prof. Dr. H. K i s s i n g e r, keine Bestätigung erhalten. - In O a l o wurde ebenfalls mit Nachdruck versichert, die atomare Einzelbewaffnung der NATO-Mitglieder sei nicht wünschenswert, und Entscheidungen darüber könne man zur Zeit nicht erwarten. - Dass die militärische Planung des westlichen Verteidigungsbündnisses in ständiger Bewegung und dem Bewaffnungsstand eines mutmaßlichen Gegners angepasst werden muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Es gibt in dieser Frage - ebenso wie bei der Politik - keinen Stillstand. Wenn man gewissen Erklärungen in Washington und Moskau Gewicht beimisst, ergibt sich, dass offenbar auf beiden Seiten noch nicht die Hoffnung aufgegeben ist, den Wettenlauf zu stoppen zu können.

Aus diesem Grunde erinnern wir noch einmal an den Ausspruch des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt, den dieser auf dem SPD-Parteitag in Hannover getan hat. Der Satz von Willy Brandt ist mehr als eine dem Augenblick angepasste Formel. Er umfasst den ganzen Komplex der politischen Entscheidungen, vor der die Wähler der Bundesrepublik am 17. September 1961 stehen. Gleichzeitig deutet der Ausspruch Willy Brandts die Perspektiven einer sozialdemokratischen Regierungspolitik an, deren wesentlicher Inhalt in jenen Forderungen zu sehen ist, die den Hauptbestandteil des Regierungsprogramms der SPD bilden.

+ + -

Alarmzeichen

Zwei Krankenhäuser in Kempten im Allgäu und in Sulzbach-Rosenberg in Mittelfranken müssen am 15. Juni beziehungsweise am 30. September schliessen. Als Grund wird in beiden Fällen Personalmangel angegeben.

*

Die Lage unserer Krankenhäuser droht sich langsam zu einem öffentlichen Vorstand auszuweiten. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Es fehlen Betten, nach den modernen Erkenntnissen eingerichtete Krankenhäuser, und am schlimmsten wirkt sich der Personalmangel aus. Gewiss gibt es Pflegeanstalten, die auf der Höhe der Zeit stehen und den sie aufsuchenden kranken Menschen alles Notwendige zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit bieten. Viele Anstalten jedoch geraten in furchtbare Schwierigkeiten, wenn sie es mit einer Häufung von Unglücksfällen zu tun haben, die längere Behandlung erfordern. Manchmal müssen Kranke oder im Strassenverkehr schwer Verunglückte über Strecken von hundertern Kilometern befördert werden, ehe sie auf den Operationstisch des Arztes liegen. Auf den verschiedenen Ärztekongressen ist die Lage der Krankenhäuser ein ständiges Sorgenkind. Die besten Köpfe bemühen sich um Abhilfe. Der Bau neuer Krankenhäuser scheitert in nicht seltenen Fällen an der Finanzarmut der Gemeinden. Das Pflegepersonal steht in der Lohnskala der Bundesrepublik nicht gerade an sichtbarer Stelle; viele wandern deshalb in andere, besser bezahlte und weniger schwere Berufe ab. Gewiss dürfte die materielle Besserstellung des Pflegepersonals von grossem Nutzen sein. Der Krebschaden sitzt aber tiefer; es fehlt oft an persönlichem Einsatz zur Linderung des Leides der Mitmenschen. Den Willen zum Helfen, zum Dienst an den Kranken und Pflegebedürftigen stets wachzuhalten, bleibt die Aufgabe aller, die das Gefühl für den menschlichen Zusammenhalt nicht verloren haben.

+ + +

- 2 -

Was ist mit § 48 des Ehegesetzes ?

Eine Antwort an Frau Dr. Schwarzhaupt

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Die Ausführungen von Frau Dr. Schwarzhaupt im Deutschland-Union-Dienst (DUD) zu § 48 des Ehegesetzes bedürfen in mehr als einer Hinsicht der Berichtigung.

1. Es trifft nicht zu, daß "die SPD" einer Änderung des § 48 Ehegesetz im Unterausschuß "Familienrechtsgesetz" des Bundestags-Rechtsausschusses "zugestimmt" hätte. In einem Unterausschuß über ein Grundproblem abzustimmen, entspricht nicht den Gepflogenheiten im Rechtsausschuß. Richtig ist, daß der e i n e in jener kleinen Unterausschuß mitwirkende Sozialdemokrat - aber mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er eine Stellungnahme der Fraktion vorbehalten müsse - sich einverstanden erklärte, daß die von Frau Dr. Schwarzhaupt angeregte Neufassung des § 48 dem Rechtsausschuß vorgelegt werde. Diese Einwilligung war ausdrücklich damit motiviert, daß durch eine Kodifikation der höchstgerichtlichen Rechtsprechung keine Rechtsänderung eintrete.

2. Die Bedenken gegen das Verfahren sind außerhalb des Parlaments von verschiedenen Seiten in der Öffentlichkeit erhoben worden, z.B. in dem von Bischof Lilje herausgegebenen "Sonntagsblatt" und durch den Bund der Juristinnen. Frau Dr. Schwarzhaupt übergeht diese Tatsache. Ihre Ausführungen erwecken leider den falschen Eindruck, als ob die SPD diese Bedenken nachträglich aufgebracht oder erfunden hätte. Hält Frau Dr. Schwarzhaupt die Tatsache solcher Bedenken, wie sie vom "Sonntagsblatt" und in "Christ und Welt" geltendgemacht sind, für so unbeachtlich, daß ein Parlament darüber zur Tagesordnung übergehen dürfte?

3. Es stimmt nicht, daß die SPD sich neuerdings einer Behandlung der Frage "widersetzte". Die SPD hat im Rechtsausschuß verlangt, erstens, daß in der Öffentlichkeit erhobene Bedenken erwogen werden müßten und zweitens ihnen jedenfalls insoweit Rechnung zu tragen sei, daß eine Anhörung von Sachverständigen, ohne Stellungnahmen der Kirchen, ohne Berichte der Landesjustizverwaltungen keine Entscheidung getroffen werden solle. In einem Rundfunkgespräch erklärte sich Frau Schwarzhaupt mit der Anhörung von Sachverständigen einverstanden. Warum schweigt sie dazu in ihrer Presseveröffentlichung?

4. Die Eherechtskommission der Evangelischen Kirche hat keine "Formulierung" vorgelegt. Sie hat die Richtlinie aufgestellt, daß die Widerspruchsbefugnis nur dann unbeachtlich sein dürfe, wenn sie mißbräuchlich ausgeübt werde. Die Richtigkeit dieses Zieles dürfte kaum zu bezweifeln sein. Aber das Problem liegt ja gerade in der Formulierung. Daß der Mißbrauch in der Ausübung einer Befugnis die Befugnis unwirksam macht, ergibt sich aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Das gilt auch, wenn es nicht ausdrücklich im Gesetz steht. Hier ist es die eigentlich gesetzgeberische Frage, nach welchen Maßstäben es beurteilt werden soll, ob ein Widerspruch mißbräuchlich geltend gemacht wird. Insoweit hat die Eherechtskommission der Evangelischen Kirche eine Formulierung nicht einmal versucht. Wie schwierig dieses gesetzgeberische Problem ist, zeigt sich an dem Beispiel, daß jüngst der Bundesgerichtshof einen Widerspruch unberücksichtigt ließ, weil er der Wahrung kirchlicher Pflichten, nicht aber der Aufrechterhaltung der Ehe dienen sollte, der widersprechende Ehegatte selber also gar nicht zur Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft bereit war. Welche Kriterien sollen nun künftig für die Entscheidung maßgeblich sein, ob eine Mißbräuchlichkeit des Widerspruchs anzunehmen ist? Sollen es objektive Maßstäbe sein, die sich aus dem rechtlichen und sittlichen Wesen der Ehe ergeben? Oder soll es auf persönlich-individuelle Interessen oder Gesichtspunkte ankommen? Bedenklich und mit der Bedeutung einer Ehe schwerlich zu vereinbaren ist der von Frau Dr. Schwarzhaupt ausgesprochene Gedanke, ein Ehegatte werde seine wirtschaftliche Lage nach der Scheidung verbessern können, wenn sein Widerspruchsrecht stärker (sprich: mehr "wert") sei.

5. Überraschend ist die Behauptung von Frau Dr. Schwarzhaupt, daß das Widerspruchsrecht "verstärkt" werden solle. Sie steht im Widerspruch zu den im Unterausschuß und im Rechtsausschuß abgegebenen Erklärungen, daß die Neufassung des § 48 Abs. 2 Ehegesetz keine Änderung der Rechtslage bezwecke, sondern nur die gegenwärtige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, als auch für die Instanzgerichte verbindlich kodifizieren solle. Was wird nun in Wahrheit erstrebt? Eine Änderung des Rechts? Oder nur eine gesetzliche Festlegung der bereits vorhandenen Rechtsprechung?

6. Die von Frau Dr. Schwarzhaupt ausgesprochene Vermutung, daß die SPD "offenbar" keine Änderung des § 48 wolle, entbehrt der Begründung. Die SPD bezweifelt in Übereinstimmung mit der in der Öffentlichkeit

Lautgewordenen Kritik (z.B. in "Sonntagsblatt" und in "Christ und Welt"), daß die Blankoformulierung der Mißbrauchsklausel geeignet sei, den behaupteten Zweck zu erreichen. Wahrscheinlich würde größte Rechtsunsicherheit die Folge sein. Die unter dem Schutz des Grundgesetzes stehende Einrichtung der Ehe darf keiner Rechtsunsicherheit ausgesetzt werden. Die SPD ist daher ferner der Überzeugung, daß die unentbehrlichen Voraussetzungen für eine gewissenhafte Entscheidung erst geschaffen werden müssen. Dazu gehört nicht nur eine in derartigen Fällen übliche Anhörung von Sachverständigen, insbesondere auch des Bundesgerichtshofes und der Landesjustizverwaltungen, sondern es wird auch notwendig sein, daß der Bundestag von der Bundesregierung darüber unterrichtet wird, in wievielen Fällen in den letzten Jahren Ehen auf Grund des § 48 Ehegesetz gegen den Widerspruch eines nichtschuldigen oder minderschuldigen Ehegatten geschieden worden sind und aus welchen Gründen die Gerichte, namentlich die Oberlandesgerichte, glaubten, einen Widerspruch außer Acht lassen zu können. Insbesondere bedarf es der Aufklärung, ob und in welchem Ausmaß es Abweichungen in der Rechtsprechung zwischen dem Bundesgerichtshof und den Oberlandesgerichten gibt. Auch die Erfahrungen der Anwaltschaft verdienen Berücksichtigung.

Erst wenn der einzelne Abgeordnete mit den Rechts Tatsachen vertraut gemacht ist und die Tragweite einer neuen Formulierung überblicken kann, wird er in der Lage sein, eine gewissenhafte Entscheidung zu treffen. In d e r S a c h e ist also vorher eine verantwortliche Entscheidung nicht möglich. Das Scheidungsrecht ist kein Feld für Experimente. Für eine Fraktionsmeinung oder einen Parteilstandpunkt ist es nicht geeignet. Dazu hängt die eigene Stellungnahme zu stark auch von sittlichen und religiösen Überzeugungen ab.

7. Sobald der von Frau Dr. Schwarzhaupt im Unterausschuß gestellte Antrag, den § 48 des Ehegesetzes neu zu fassen, bekannt wurde, hat sich in der Öffentlichkeit sofort Kritik erhoben. Es ist daher nicht wahr, daß diese Kritik und die in einer Demokratie gebotene Auseinandersetzung mit ihr verspätet oder angeblich nicht "fair" sei. Wenn die CDU/CSU-Fraktion keinen Initiativgesetz-Entwurf zu § 48 des Ehegesetzes einbringt, so ist das keinesfalls auf eine angebliche Verspätung der Kritik zurückzuführen oder darf gar die SPD zum Sündenbock gestempelt werden. Die Wahrheit ist, daß in der CDU/CSU tiefgreifende und unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über § 48 des Ehegesetzes bestehen, die ihre legitime Ursache in den unterschiedlichen Stellungnahmen der beiden Kirchen zum Zertrümmungsprinzip haben. Darin allein liegt der Grund, warum es nicht zu einer Regierungsvorlage gekommen ist und warum eine Fraktionsinitiative der CDU/CSU nicht gelingt. Von dieser Tatsache abzulenken, das ist nicht fair. Diese Tatsache gibt außerdem Anlaß zu der berechtigten Besorgnis, daß sich zum Schaden des Eherechts hinter der von Frau Dr. Schwarzhaupt vorgeschlagenen Mißbrauchs-Formel ein fauler Kompromiß verbirgt, den jeder anders auslegt, der eine als eine Beseitigung überhaupt des § 48 auf kalten Wege in unauffälliger Weise, der andere als eine bloße Kodifikation der Rechtsprechung und ein anderes wieder andere. Letztes Endes würde dadurch die Gemeinsamkeit und Gleichheit des staatlichen Eherechts für alle aufgelöst.

Moskau - Belgrad

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Ob die Verlegung des ursprünglich für die erste Maihälfte verabredeten Besuches des jugoslawischen Außenministers Koca Popović tatsächlich auf die von hiesigen Regierungssprecher angegebenen Gründe zurückzuführen sei, ist gegenwärtig eines der Hauptgesprächsthemen in Belgrad. Vermuten doch manche Beobachter, dass sich hinter der offiziellen Version, wonach die für den 12. Mai anberaumte Laoskonferenz für die Verlegung des Besuches verantwortlich ist, andere Motive verbergen könnten. So, dass bereits im Vorbereitungsstadium der Gespräche entscheidende Gegensätze aufgebrochen seien, die die Verwirklichung der Visiten überhaupt in Frage stellen.

Tatsächlich jedoch ist die Verlegung des Besuches ebensowenig eine Sensation wie sein Zustandekommen. Wie verlässlich zu erfahren war, haben sich beide Seiten geeinigt, den Aufenthalt Popović's in Moskau "irgendwann nach der Genfer Konferenz" stattfinden zu lassen, anstelle ihn noch vor diesem Ereignis möglicherweise unter Zeitdruck leider zu lassen. Da bei der ersten Mitteilung des ursprünglichen Termins eine Laos-Konferenz noch ungewiss, geschweige denn ihr Zeitpunkt vorauszusehen war, stärkt dies nur die offizielle Version. Auch in Anbetracht der erst wenige Tage zurückliegenden Rückkehr Staatschefs Titos aus Afrika dürfte die Verschiebung gleichfalls eher gelegen denn ungelegen kommen, weil sie noch intensivere Kontakte der interessierten jugoslawischen Politiker ermöglicht.

Die Terminänderung scheint andererseits jedoch die hauptsächlich von Ostblockdiplomaten in Belgrad verbreitete Vorauskommentierung der gegenseitigen sowjetisch-jugoslawischen Besuche zu stützen, wonach entscheidende politische oder gar ideologische Ergebnisse nicht zu erwarten seien. Solche Beurteilungen gehen von der unbestätigten Voraussetzung aus, dass die Initiative für den Moskau-Belgrader Direktkontakt von Jugoslawien ausgegangen sein soll. Für diese Version sprechen einige stichhaltige Überlegungen:

1.) Für Belgrad muss es gelegen sein, den afro-asiatischen Staaten unter Beweis zu stellen, dass es über unmittelbare Kontakte zu Moskau verfügt.

2.) Belgrad erhält dadurch eine zumindest demonstrative Unterstützung Moskaus gegen die Angriffe aus Albanien, insbesondere gegen den seit dem albanischen Parteikongress erwarteten antijugoslawischen Prozess in Tirana.

3.) Belgrad könnte den Besuch auch innenpolitisch zur Dämpfung der infolge der wirtschaftlichen Reformschwierigkeiten gewachsenen Unzufriedenheit zumindest innerhalb der Partei selbst nutzen.

Folgera solche Analysen das eindeutigere jugoslawische Interesse an den Moskau-Belgrader Gesprächen, so dürfte die sowjetische Neugier an Belgrad infolge der nun als sicher geltenden Konferenz der Neutralen gleichfalls gestiegen sein. Denn als wie "revisionistisch" man Jugoslawien auch immer verschreiben mag, wird bei der Konferenz der Neutralen Belgrad doch der Teilnehmer sein, der das außenpolitische Geschehen in der Welt am konsequentesten von einer marxistisch-materialistischen Grundlage beurteilt. Und dies dürfte man trotz aller "Revisionismusverstimmung" auch in Moskau noch nicht ganz übersehen haben.

"Sektierer" und "Halbstarke" in Sibirien

Von Rudolf Hornig

Nur selten vermitteln die grossen Moskauer Zeitungen ein wahres Spiegelbild des sowjetischen Alltagslebens. Mehr darüber findet man in der Gebietspresse und -soweit es die vor allem im westlichen Teil Sibiriens lebenden Sowjetdeutschen betrifft- in der Moskauer Zeitung "Neues Leben". So brachte diese Zeitung zwei Berichte aus Korkino, einer Bergarbeiterstadt im Gebiet von Tscheljabinsk am Ural (bekannt durch das Panzerwerk), die zu den neuen Städten gehört, die in den letzten Jahrzehnten in der Sowjetunion entstanden sind. Was "Neues Leben" über die Sektierer in Korkino zu melden wusste, war für das kommunistische System so wenig verheissungsvoll, dass prompt darauf ein neuer Bericht aus Korkino erschien, der sich mit der gelungenen Liquidierung des Problems der Halbstarke, in der Sowjetunion "Hooligane" genannt, ausweisen konnte.

"Fünfzigersekte"

Die "Sektiererei" muss unter den Sowjetdeutschen überaus verbreitet sein, denn "Neues Leben" widmet ihr in jeder Ausgabe einen kritischen oder auch beschwörender und an die Vernunft appellierenden Bericht, wobei sämtliche sibirische Landschaften mit sowjetdeutscher Bevölkerung und auch die europäischen Uralgebiete regelmässig an die Reihe kommen. Unter den deutschen Bergarbeitern von Korkino spielt die "Fünfzigersekte" die führende Rolle und bei den Betabenden sollen die Teilnehmer in religiöse Raserei und Verzückung geraten. "Neues Leben" weiss über eine solche Betstunde bei den Predigern Andreas Neufeld sowie Roman und Andreas Dalinger zu berichten:

"Der Raum ist erfüllt von Lärm, die einen weinen, andere murmeln etwas vor sich hin, wieder andere schreien hysterisch. Und so geht es mehrere Stunden hintereinander. Manche Teilnehmer dieser Betabende geraten in Verzückung, in eine richtige Gemütsverwirrung. Und dann soll eben, wie die Prediger der Fünfziger behaupten, der 'Heilige Geist' über die Gläubigen kommen".

Anlass zu diesem Bericht war das Schicksal eines Bergmannes, der bereits zum zweiten Mal ins Irrenhaus gebracht worden sei, weil sein Gemütszustand durch die Raserei bei den Betabenden gelitten hätte. Auch andere Sektierer und Sektiererinnen litten unter Depressionen und befänden sich im Irrenhaus.

"Ordnungshelfer" gegen "Halbstarke"

Diesen überaus peinlichen Eindruck von Zuständen, wie sie in der so fortschrittlichen Sowjetunion ausgerechnet in einer neuen Bergarbeiterstadt herrschen, sucht der zweite "positive" Bericht aus Korkino zu verwischen. Allerdings erfährt man aus diesem Bericht, dass es noch vor kurzer Zeit in

13. Mai 1961

Korkino ganz toll zugegangen sein muss und dass die hässlichen Glossen und Bemerkungen der Moskauer Zeitungen über die Halbstarcken in der westlichen Welt sich als eine Flucht nach vorn erweisen; man sprach vom westlichen Ausland, um von den eigenen wenig erfreulichen Verhältnissen abzulenken. Dabei scheint sich das sogenannte Halbstarckenproblem in der Sowjetunion noch elementarer zu äussern, als in der nach Moskauer Ansicht den Idealen der sowjetischen Führung entsetzenden und somit moralisch und sittlich verderbten westlichen Welt. Jedenfalls müssen es die "Hooligans" in Korkino ganz toll getrieben haben, bevor sich die "Ordnungshelfer" in dieser Stadt durchsetzen konnten.

Noch vor ein, zwei Jahren hat "das unanständige Verhalten, die Rüpelei einzelner Leute auf den Strassen und andermorts den Einwohnern grosse Besorgnis bereitet". Seit aber die "freiwilligen Ordnungstruppe die Stadt beherrschen, haben die Hooligans den Schwanz eingeklemmt", wird mit Befriedigung festgestellt. Unter den freiwilligen Ordnungshelfern spielen offenbar Sowjetdeutsche eine führende Rolle, denn sie werden als Kommandeure genannt.

"Regeln des sozialistischen Gemeinwesens einhalten"

Von dem Ausmass der Terrorakte der Halbstarcken, die im Gebiet von Tscheljabinsk kaum unter der Einwirkung westlicher (Rundfunk-) Einflüsse gestanden haben können, zeugt die Tatsache, dass der freiwillige Ordnungstrupp des Tagebaues No. 1 in Korkino unter der Führung des Sowjetdeutschen Alexander Wschan über 1 000 Personen zählt und auch heute noch alle Hände voll zu tun hat. Vor nicht allzu langer Zeit wurden Ordnungshelfer auf belebter Strasse von Hooliganen mit dem Messer angefallen und es musste ein dauernder und sehr energischer Streifendienst durchgeführt werden.

Seitdem mehr Ruhe eingetreten ist, werden die "Ordnungshelfer" Erziehungsmassnahmen an, indem sie einzelne Bewohner und Familien besuchen und ihnen gut zureden. Zur Kombination von Streifen dienst und Erziehung mit "Neues Leben": "Dort, wo die freiwilligen Ordnungstruppe das eine mit dem anderen verbinden, geht die Zahl der Verstösse gegen die öffentliche Ordnung zurück". Und: "Der Tag ist nicht mehr fern, da ausnahmslos alle Bewohner unserer Stadt strikt die Regeln des sozialistischen Gemeinwesens einhalten werden". Ganz hat man es also immer noch nicht geschafft.

* * *

Verantwortlich: Günter Karkschoffel